

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 45 Pf., bei Lieferung frei Haus 50 Pf., Postbezug monatlich 2.30 RM. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 8 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellw.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimattell. Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. D. N. VII.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 194

Donnerstag, den 20. August 1936

88. Jahrgang

Notruf der Sudetendeutschen Überreichung einer Denkschrift an Dr. Benesch

Zum ersten Male seit Bestehen der tschechoslowakischen Republik stattete jetzt das Staatsoberhaupt der Stadt Reichenberg, einem Mittelpunkt der sudetendeutschen Industrie, einen Besuch ab, um die Reichenberger Messe zu besichtigen. Bei dieser Gelegenheit hat der Präsident der Reichenberger Handelskammer, Dr. Theodor Liebig, dem Staatspräsidenten Dr. Benesch eine Denkschrift über die kritische Wirtschaftslage der sudetendeutschen Siedlungsgebiete überreicht.

In dieser Denkschrift beruft sich Liebig darauf, daß im Reichenberger Kammerbezirk auf je 1000 Einwohner im Jahre 1933 96,7 und

1936 noch 73,3 Arbeitslose

entfielen, während die entsprechenden Ziffern im ganzen Staatsgebiet für 1933 45,9 und 1936 38,5 betragen. Noch entscheidender und ernster als die Arbeitslosenziffern sind jedoch die Feststellungen der Denkschrift über die stillgelegten Betriebe. Seit 1932 sind allein in den politischen Bezirken Reichenberg, Gablonz, Friedland und Deutsch-Gabel nicht weniger als 153 fabrikmäßige Betriebe dauernd stillgelegt worden. Die Denkschrift verweist ferner auf das völlige Bruchliegen der Bautätigkeit, auf die Vergebung staatlich unterstützter Bauausführungen an auswärtige Firmen, auf das Daniederliegen des Handels, des Gewerbes und des Fremdenver-

kehrs. Von einer in der Weltwirtschaft bemerkbaren Besserung ist in Nordböhmen nichts zu bemerken.

Die Auswirkungen sind nicht nur wirtschaftlicher Natur, indem viele Tausende von Menschen zugrunde gerichtet wurden. Schlimmer noch ist das Schicksal der heranwachsenden Jugend. Nach ärztlichen Feststellungen sind in manchen Bezirken 80 v. H. der Schuljugend unterernährt, und Fälle des Hungerödems nicht selten. Die jungen Leute, die nicht arbeiten können, verzweifeln an der herrschenden Gesellschaftsordnung und bergen so eine Gefahr für den Staat.

Die Denkschrift verlangt die Befreiung der Wirtschaft von den zweckwidrigen Einwirkungen einer wirtschaftsfremden Verwaltung und von den Einflüssen der Politik. Die inländische Handelspolitik soll die Bedeutung der Nachbarstaaten für den tschechoslowakischen Güteraustausch berücksichtigen. Parlament und Regierung seien zu einer die Bedürfnisse der Privatwirtschaft vielfach verkehrenden oder sogar deutlich gegen sie gerichteten Reglementierung übergegangen, die das Wirtschaftsleben zu bürokratisieren drohe. Schließlich verlangt die Denkschrift, daß bei Handhabung des Verteidigungsgesetzes alle Benachteiligungen der Betriebsführungen unterbleiben und Industrie und Gewerbe Nordböhmens an den öffentlichen Lieferungen entsprechend beteiligt werden.

Regierung damit verlorengegangen. Ihre Kriegsschiffe können jetzt im Falle einer Beschädigung in Spanien nicht mehr ausgebessert werden. Außerdem liegt in Cartagena die größte spanische Pulverfabrik.

Auch an der Südf front hat der Vormarsch der nationalen Streitkräfte neue Fortschritte gemacht. Die Nationalisten befinden sich nur noch 26 Kilometer von Malaga entfernt. Die Maristen haben alle waffenfähigen Männer mobilisiert. Ausländer befinden sich nicht mehr in der Stadt.

Barrikadenkämpfe in San Sebastian

Nach einer Londoner Meldung sind in San Sebastian und Irun heftige Straßenkämpfe im Gange. Die Maristen sollen fluchtartig die Verteidigungsstellungen außerhalb der Stadtgrenze San Sebastian's geräumt haben und sich unter Hinterlassung zahlreicher Toten nach der Strandpromenade zurückziehen. Von der Landseite her werde San Sebastian an drei verschiedenen Stellen gleichzeitig von den Truppen der Nationalisten angegriffen, deren Vorhut bereits in den Straßen der Vororte mit dem Feind Fühlung habe. In den Hauptstraßenzügen haben die Maristen Barrikaden errichtet.

Rote Miliz aus Belgien

Lissabon, 20. August. Der Sonderberichterstatter des „Diario de Noticias“ berichtet von der französisch-spanischen Grenze, daß dort eine größere Abteilung belgischer roter Miliz eingetroffen sei. Die Belgier, die als Maschinengewehrbesitzer ausgebildet seien, sollen gegen die spanischen Nationalisten eingesetzt werden.

Aus Sevilla wird die Nachricht bestätigt, daß sich die Marinestation San Javier der Militärgruppe angegeschlossen habe. Cartagena und San Javier haben durch Funkpruch mitgeteilt, daß sie sich im Kampf gegen starke Streitkräfte der roten Miliz befinden.

Nach dem Vorbild Moskaus

Die Katalanische Regierung hat eine Verordnung erlassen, durch die die Wirtschaft Kataloniens auf eine völlig neue Grundlage gestellt wird.

Die einschneidenden Bestimmungen dieser Verordnung sehen die Errichtung eines Außenhandelsmonopols vor, um einen schädigenden Einfluß von außen auf die neue Wirtschaftsform zu vermeiden. Besonders wichtig ist die Bestimmung, durch die die großen landwirtschaftlichen Güter kollektiviert und durch die Landarbeiter-syndikate mit Unterstützung der Regierung bewirtschaftet werden sollen. Die kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe sollen zwangsweise zu Syndikaten zusammengefaßt werden. Das Wirtschaftsdekret ordnet weiter die Vergesellschaftung der großen Industriebetriebe der öffentlichen Unternehmen und Transportgesellschaften an. Eine Bestimmung sieht die Beschlagnahme und Vergesellschaftung aller von ihren Eigentümern verlassenen Betriebe vor. Diejenigen Unternehmen, die ihren privatwirtschaftlichen Charakter beibehalten dürfen, sollen der Kontrolle durch die Gewerkschaften unterstellt werden.

Der Sender Santa Cruz de Teneriffa funkte folgende Warnung an alle Schiffe auf hoher See, die in mehreren Sprachen, darunter auch der deutschen, wiederholt wurde: „Alle auf Fahrt befindlichen Schiffe werden darauf hingewiesen, daß in nachfolgenden Häfen Gefahr besteht, da Minen gelegt sind: Malaga, Almeria, Cartagena, Valencia, Barcelona.“

Gekreuzigt und lebend angezündet

Entsetzliche Greuelthaten der spanischen Maristen

Der Blutrausch der spanischen Maristen feiert wahre Orgien. Die Greuel aus den schlimmsten Tagen des Bolschewismus in Sowjetrußland sind durch das Wüten der spanischen roten Mörderbanden erreicht, wenn nicht übertrumpft worden. Spanien schwimmt, wie ein Pariser Blatt schreibt, im Blute, man füßelt, wie man Holz hackt.

Wie der Sonderberichterstatter des „Diario de Lisboa“ aus dem westspanischen Ort Almendralejo südlich von Merida meldet, erreichte das blutdürstige Massenmorden dort den Höhepunkt der Grausamkeit. 80 Personen wurden ermordet, davon ein großer Teil gekreuzigt, dann mit Benzin übergossen und lebendig angezündet. Ein Grundbesitzer wurde zusammen mit seinen beiden Kindern lebendig verbrannt. Zuerst wurden die Kinder angezündet. Der Vater mußte Augenzeuge der grausamen Ermordung seiner Kinder sein. Dann ereilte ihn das gleiche Schicksal. Im Gefängnis von Almendralejo wurden 38 Bürger umgebracht.

Der Berichterstatter betont dann, daß er den Hinrichtungsraum im Gefängnis mit eigenen Augen gesehen hat. Alle Wände seien mit Blut bespritzt gewesen.

Flüchtlinge aus Malaga berichten erschütternde Einzelheiten von der in der Stadt wütenden roten Schreckensherrschaft. Sämtliche Kirchen und Klöster seien in Brand gesteckt worden. Zahlreiche Priester und Ordensschwester seien niedergemacht worden. In der nordspanischen Hafenstadt Bilbao haben die Anarchisten sämtliche Mitglieder der Familie des rechtsgerichteten Abgeordneten Leopoldo Verde ermordet, ebenso sämtliche Mönche und Ordensschwester der Stadt.

Massenanlage vor dem Madrider Revolutionstribunal

Wie aus Madrid gemeldet wird, wurde von einem „Sondergerichtshof“, der die verhafteten Militärpersonen aburteilen soll, die Anklageschrift fertiggestellt. Angeklagt waren 3 Generale, 7 Obersten, 6 Oberstleutnants, 66 Hauptleute, 108 Leutnants, 42 Unteroffiziere, 4 Sergeanten und 14 Zivilisten. General Lopez Ochoa, der im Oktober 1934 den asturischen Aufstand niedergeschlagen hatte, soll im Militärkrankenhaus von Carabanchel bei Madrid gestorben sein. Trotz schärfster Überwachung habe der frante General einen Fluchtversuch unternommen, der mißglückte. Madrid veröffentlicht eine Mitteilung, wonach

bisher 11 Generale der Militärgruppe unter verschiedenen Umständen den Tod gefunden hätten. 18 andere befänden sich in Haft.

San Sebastian vor dem Fall?

Das Hauptquartier der Militärgruppe in Burgos, das demnächst nach der weiter südlich gelegenen Stadt Valladolid verlegt werden soll, gibt bekannt, daß sich die Gefechtslage auch weiterhin für die Nationalisten günstig entwickelt. In Nordspanien werde der Vormarsch mit mathematischer Genauigkeit fortgesetzt. In der Provinz Estremadura seien zahlreiche Dörfer neu besetzt worden. 20 000 Gewehre seien den Maristen abgenommen worden. Mehrere Flugzeuge der spanischen Linksregierung seien von Jagdflugzeugen der Militärgruppe abgeschossen worden. Im Norden gehe der nationalitische Großangriff auf San Sebastian und den Grenzort Irun weiter. Die nationalitischen Kriegsschiffe belegten die beiden Orte mit schwerem Granatfeuer. Das den Zugang zu Irun bewachende Fort Guadalupe wurde von 50 Granaten getroffen. In San Sebastian selbst fielen zahlreiche Granaten in die Straßen, davon viele in die Nähe des französischen Konsulats. Durch das Feuer der Militärgruppe sollen in San Sebastian bisher 50 Personen getötet und etwa 100 verwundet worden sein. Der kommunistische Mob soll versucht haben, das Gefängnis, in dem sich 1500 politische Gefangene befinden, zu stürmen. Diese Absicht sei jedoch dadurch verhindert worden, daß der Gouverneur Truppen zum Schutz der Gefangenen absandte.

Nach einer unbestätigten Neutermelung aus St. Jean de Luz soll die Madrider Regierung beabsichtigen, San Sebastian aufzugeben. Der „Matin“ meldet aus Hendaye, daß der Bürgermeister von San Sebastian den Militärkommandanten gebeten haben soll, die Stadt den Nationalisten zu überlassen. Der Militärkommandant habe dies jedoch abgelehnt. Er wolle eine neue Besetzung der Stadt abwarten.

Von größter militärischer Bedeutung ist die Erhebung des Kriegshafens Cartagena gegen die marxistische Regierung. Cartagena, Ferrol und Cadix sind die drei einzigen Flottenstützpunkte Spaniens. Alle drei sind nun in den Händen der Nationalisten. Die Hauptwerft der spanischen Kriegsmarine in Cartagena ist der Madrider

Best eure Heimatzeitung:
den Pulsnitzer Anzeiger

